

HESSEN



Entwurf einer

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr



Stand 14.09.2010

I.

Das Grundgesetz umfasst gleichermaßen Friedensgebot wie Verteidigungsbereitschaft. Hierzu trägt auch die Bundeswehr bei. Deren Öffentlichkeitsarbeit basiert auf der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Information des Bürgers und damit auch der jungen Generation.

Jugendoffiziere sind einer der wichtigsten Träger dieses Auftrags. Sie betreiben keine Nachwuchswerbung. Vielmehr nehmen sie Stellung zu friedens- und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der auf dem Grundgesetz basierenden, wertorientierten Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Einbindung Deutschlands in Bündnisse sowie der deutsche Beitrag zur internationalen Krisenvorsorge und Konfliktbewältigung sind wesentliche Bestandteile der Informationsangebote der Jugendoffiziere. Leitbild der Arbeit der Jugendoffiziere ist die demokratische und gesellschaftlich friedensstiftende Idee des Staatsbürgers in Uniform. Sie fühlen sich im Rahmen der politischen Bildung den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsens verpflichtet.

In Hessen vollzieht sich diese Arbeit seit Jahrzehnten in guter Kooperation mit den pädagogischen und bildungspolitischen Institutionen des Landes.

II.

Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir festigen und unterstreichen damit unsere traditionell gute Zusammenarbeit.

Die Jugendoffiziere für Hessen können, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Vereinigungen und Institutionen, im Kontext einer inhaltlichen Anknüpfung an die Lehrpläne und die aktuelle Unterrichtsgestaltung vor Ort durch die Schulen als externe Referenten eingeladen werden. Es besteht Einigkeit über die Bedeutung und Qualitätserfordernisse guten Unterrichts, der authentisch und dialogisch über aktuelle Kernfragen der Zeit oder der Wissenschaften informiert. Begegnungen mit Zeitzeugen und Vertreterinnen und Vertretern wichtiger Einrichtungen und Organisationen werden nachhaltig unterstützt.

Die Schule trägt die Verantwortung für eine sachgerechte Information, die Vermittlung pluraler Standpunkte und für deren didaktisch methodische Kompetenz als integralem Bestandteil von Unterricht.

Diese Information ist frei von Indoktrination und geeignet den Blick für andere Nationen, Religionen und Weltanschauungen zu öffnen. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und zu motivieren, sich an Erörterungen und kontroversen Diskussionen über Möglichkeiten der Friedenssicherung aktiv zu beteiligen.

Hierbei werden die allgemeinen Schulen der Sekundarstufen I und II und die Beruflichen Schulen einbezogen.

Darüber hinaus steht das Informationsangebot auch dem Amt für Lehrerbildung sowie den Staatlichen Schulämtern zur Verfügung. Auch im Aufgabenbereich des Instituts für Qualitätsentwicklung wirken Jugendoffiziere in Absprache mit der Institutsleitung mit.

Die politische Bildung findet in allen Bereichen in Form von Gesprächen, Diskussionen, Seminaren, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen statt. Dabei werden transparente und nachvollziehbare Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.

Auf dieser Grundlage unterstreichen wir:

- den Nutzen der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulgesetzes des Landes Hessen und der Rahmenvorgabe für politische Bildung.
- die Selbstständigkeit der Schulen in der Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren sowie der Wahl der geeigneten Veranstaltungsformen.
- eine hohe Bereitschaft der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften in Zusammenarbeit mit dem Amt für Lehrerbildung.
- die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Hessischen Kultusministeriums und seiner nachgeordneten Behörden bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.

Darüber hinaus vereinbaren wir:

- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten der Jugendoffiziere, wie bisher im Amtsblatt des Hessischen Kultusministeriums sowie künftig auch über ein Newsletter des Hessischen Kultusministeriums für Schulleiterinnen und Schulleiter.
- eine jährliche, schriftliche Berichterstattung der Jugendoffiziere an das Hessische Kultusministerium über deren Wirken in Hessen.
- mindestens halbjährliche Gespräche der Jugendoffiziere mit Vertretern des Hessischen Kultusministeriums.
- die Möglichkeit für Jugendoffiziere, sich und ihr Angebot persönlich und in Abstimmung mit verantwortlichen Vertretern einem Forum auf Leitungsebene des Hessischen Kultusministeriums und seiner nachgeordneten Dienststellen zu präsentieren.

In die Kooperation werden der nachgeordnete Bereich des Hessischen Kultusministeriums und der unterstellte Bereich des Wehrbereichskommandos II einbezogen.

Wiesbaden, den xx.xx.2010

**Dorothea Henzler, Staatsministerin
Hessische Kultusministerin**

**Gerhard Stelz, Generalmajor
Befehlshaber im Wehrbereich II**